

Mittwoch, 27. August 2025

Region/Kanton Bern

Politischer Widerstand gegen das Aus der Classes bilingues

Mit Hochdruck suchen Politikerinnen und Politiker aus Stadt und Kanton nach einer Lösung für den zweisprachigen Unterricht. Als Vorbild gilt die Stadt Biel. Doch das Engagement könnte zu spät kommen.

Naomi Jones/BZ, Der Bund

Bisher hat das angekündigte Aus der Classes bilingues – kurz Clabi – vor allem die bildungsbürgerlichen Gemüter bewegt. Nun schaltet sich auch die SP in die Stadtberner Diskussion um den zweisprachigen Unterricht ein.

Sie verlangt vom Gemeinderat, dass er zusammen mit dem Kanton die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet, um ein breites Angebot nach dem Vorbild der Stadt Biel zu schaffen und zu finanzieren. Der Vorstoss genießt Unterstützung von der Alternativen Linken (AL) bis zur FDP.

Anfang Mai hatte die städtische Bildungsdirektorin Ursina Anderegg (Grüne) überraschend angekündigt, dass der laufende Schulversuch zum zweisprachigen Unterricht im Sommer 2026 beendet wird.

Der SP-Vorstoss hat vor allem symbolischen Charakter. Denn die gesetzlichen Grundlagen für ein zweisprachiges Angebot bestehen bereits. Die Schulkommissionen können den Unterricht in einer anderen Landessprache in einzelnen Fächern zulassen. Die kantonale Bildungsdirektion empfiehlt dafür vor allem die musischen Fächer. Zudem kann jede Schule eine zweisprachige Klasse als Schulversuch führen. Die mittlerweile 16 bilinguen Klassen in Biel laufen seit 2010 als Schulversuch.

Überall zweisprachige Klassen ermöglichen

Letzteres allerdings will der Stadtberner Lehrer und Grossrat Manuel C. Widmer (GFL) auf kantonaler Ebene ändern. Anfang Juni hat er deshalb im kantonalen Parlament einen Vorstoss eingereicht, der verlangt,



In der Stadt Biel gibt es derzeit 16 zweisprachige Klassen. Die 4 zweisprachigen Berner Klassen sollen Ende Schuljahr geschlossen werden.

Bild: Adrian Moser

dass die Bildungsdirektion den Versuchsstatus der zweisprachigen Klassen beendet und diese im ganzen Kanton als reguläre Klassen ermöglicht. Zudem soll der Kanton Gemeinden, die zweisprachige Klassen führen wollen, mit einem entsprechenden Lehrplan und organisatorischer Hilfe unterstüt-

zen, wie Widmer auf Anfrage ausführt. Sein Anliegen könnte auf fruchtbaren Boden fallen. Vor fünf Jahren hatte der EVP-Grossrat Tom Gerber aus Reconvilier vom Kanton gefordert, den Immersionsunterricht zur Regel zu machen, also das Vermitteln von Schulstoff in einer zu lernenden Fremdsprache.

Das kantonale Parlament überwies den Vorstoss als unverbindliches Postulat mit 145 Stimmen deutlich.

Stadträte versuchen die Clabi zu retten

Die städtische Bildungsdirektorin Ursina Anderegg begründet den Abbruch des Schulver-

suchs unter anderem damit, dass der Lehrplan 21 nicht mit dem französischsprachigen Lehrplan kompatibel sei. Das Argument wirkt aber vorgeschoben, da in Biel die beiden Lehrpläne offenbar vereinbar sind. Andereggs Entscheidung sorgte nicht nur bei den betroffenen Eltern, sondern auch bei zahlreichen Politi-

kerinnen und Politikern für Unverständnis. Die SVP hat zahlreiche Interpellationen und kleine Anfragen eingereicht. Die FDP-Stadträte Oliver Berger und Nick Eugster fordern in einer Motion, dass der Schulversuch weitergeführt werde und der zweisprachige Unterricht in den Regelbetrieb überführt werde. Und die Mitte-Stadtratsmitglieder Béatrice Wertli, Laura Curau und Nicolas Lutz verlangen, dass der Gemeinderat die Clabi zusammen mit dem Kanton an der Ecole Cantonale de Langue Française (ECLF) weiterführe. Morgen wird das städtische Parlament über die Forderungen befinden.

Während der Gemeinderat das Weiterführen des Schulversuchs wie bisher ablehnt, zeigt er sich für eine Zusammenarbeit mit der ECLF offen. Allerdings beschränkt sich diese Zusammenarbeit darauf, dass die frankofonen und bilinguen Kinder der Clabi ab Sommer 2026 statt die Quartierschule auf Wunsch den französischsprachigen Unterricht an der ECLF besuchen können.

Die ECLF wird vom Kanton Bern und vom Bund als französischsprachige Schule geführt. Damit sie ihr Angebot um zweisprachige Klassen ergänzen könnte, müssten ihre Statuten geändert werden.

Auch hier versucht nun die Politik Einfluss zu nehmen. Die FDP-Grossrätin und Mutter eines Clabi-Schülers Claudine Esseiva will deshalb in der nächsten Grossratssession einen Vorstoss einreichen, der den Kanton verpflichten soll, die ECLF für ein zweisprachiges Angebot zu öffnen, um die Berner Classes bilingues zu retten. Um das zu bewerkstelligen, bleiben rund zehn Monate Zeit.

Publibike bietet bald auch E-Trottis an

Der Veloverleiher nimmt versuchsweise E-Scooter in seine Flotte auf. Biel und Locarno machen Mitte September den Anfang.

Christoph Albrecht/BZ, Der Bund

Sie gehören in Schweizer Städten längst zum Strassenbild: ausleihbare Trotinetts mit elektrischem Antrieb. Während die wendigen Fahrzeuge gerade bei Jugendlichen beliebt sind, empfinden sie Passanten immer wieder als Ärgernis. Dann etwa, wenn die E-Scooter auf Trottoirs verkehren – oder dort sogar herumliegen und den Weg versperren.

Nicht beliebig parkierbar

«E-Scooter sind eine Hassliebe», sagt auch Publibike-Chef Markus Bacher. Trotzdem nimmt der Schweizer Veloverleiher die Fahrzeuge nun in seine Flotte auf. Mitte September startet Publibike in den Städten Biel und Locarno einen Pilotversuch mit je 80 E-Scoo-

tern. Doch warum die Erweiterung auf E-Trottis? «Die Fahrzeuge sind ein grosses Bedürfnis, das wir als Anbieter nicht ignorieren können», sagt Bacher. Nebst dem Vorteil, ganz ohne Tretunterstützung auszukommen, gälten E-Scooter bei Jugendlichen als Trend-Verkehrsmittel. Genutzt würden sie meistens für kurze Fahrten von weniger als fünf Minuten, wie Daten zeigten.

Die Konflikte im Zusammenhang mit E-Trottis sind Markus Bracher bekannt. Weil Publibike auf ein anderes Verleihsystem setzt als die meisten E-Scooter-Anbieter, rechne er aber mit weniger Problemen. Die Fahrzeuge von Publibike werden wie üblich stationsgebunden sein.

Das heisst: Man muss sie nach der Fahrt bei einer Station abstellen und kann sie nicht an

einem beliebigen Ort parkieren. Verlassen die Trotinetts ein definiertes Gebiet, werden sie zudem automatisch blockiert.

E-Scooter made in China

Die E-Scooter von Publike, die eine maximale Geschwindigkeit von 25 km/h erreichen, stammen von einem chinesischen Hersteller. Damit rückt der Veloverleiher von seinem Swissness-Prinzip ab. Das Unternehmen betont in der Vergangenheit, dass seine Velos und E-Bikes allesamt in der Schweiz hergestellt würden und deshalb nachhaltiger seien. Es bestehe derzeit aber schlicht nicht die Möglichkeit einer einheimischen Produktion von E-Scootern, erklärt Bacher die Abkehr vom bisherigen Grundsatz. E-Scooter sind im Vergleich zu E-Bikes nicht nur schlanker, leicht-

ter und in der Herstellung günstiger, sie dürften auch bei der Wartung weniger Aufwand verursachen. Haben sie das Potenzial, den E-Bikes dereinst gar den Rang abzulaufen und Letztere überflüssig zu machen? Markus Bacher verneint. «Wir wollen mit dem neuen Angebot den Verleih unserer Velos nicht kannibalisieren.»

Bei Erfolg wird expandiert

Auch deshalb baut Publibike beim E-Scooter-Verleih zunächst künstliche Hürden ein. So wird man die E-Trottis nicht für Einzelfahrten mieten können, sondern nur mit einem bestehenden Abonnement. Bacher stellt klar: «Unsere DNA bleibt das Velo.» Für die Ausweitung der Flotte auf das neue Fahrzeug sind laut dem Publibike-Chef keine Bewilligungen nötig. Die be-

stehenden Leistungsverträge mit Biel und Locarno, wo die rund einjährigen Pilotversuche stattfinden, beinhalteten die Möglichkeit eines Ausbaus bereits.

Eine Frage der Zeit also, bis Publibike die E-Scooter auch in grösseren Schweizer Städten wie Bern oder Zürich lanciert? «Sind die Tests erfolgreich, möchten wir das Angebot ausweiten», bestätigt Bacher.

In Bern hat Voi Exklusivrecht

Die Konkurrenz reagiert auf diese Ankündigung sportlich. Man begrüsse jedes neue Angebot, das Menschen dabei unterstützen würde, schreibt Katharina Schlittler, Geschäftsführerin der E-Scooter-Verleiherin Voi Schweiz. «Gleichzeitig wissen wir aus Erfahrung, wie anspruchsvoll es ist,

E-Scooter erfolgreich und langfristig zu betreiben.»

Die schwedische Firma Voi ist seit 2019 in der Schweiz präsent und heute Marktführerin. Die Nutzung habe sich stark gewandelt, so Schlittler. «Einen typischen E-Scooter-Fahrenden gibt es nicht mehr.» Rund ein Viertel sei über 45 Jahre alt. Die meisten Fahrten seien zudem keine Freizeitfahrten, sondern würden als Zubringer zum ÖV genutzt.

In Bern genießt Voi aktuell ein Exklusivrecht auf die E-Scooter-Ausleihe, weil die Stadt keinen Wildwuchs riskieren will und deshalb nur einen Anbieter zulässt. Im Jahr 2029 läuft der Vertrag allerdings aus. Gut möglich, dass Publibike dann als Mitbewerber ins Rennen um die neue Vergabe einsteigt.